
Thema: Vom „Zettelfalten“ zum freien Wählen – Volkskammerwahl 1990

Zielgruppe: ab Klasse 9 für Gymnasien, ab Klasse 10 für alle Schulformen (Bitte sprechen Sie uns an, damit das Konzept auf Ihre Schulform angepasst werden kann.)

Im schulischen Kontext kann das Projekt im Rahmen folgender Unterrichtsfächer durchgeführt werden: **Geschichte, Sozialkunde, Ethik.**

Grundlagen und Ausgangssituation:

- Der Ort** → Sitz des Dokumentationszentrums in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS mit Zugang zu den authentischen Bereichen: Zellentrakt, Vernehmungszimmer, Besucherkeller
- Die Dauerausstellung** → Audio- und Videostationen, Lesemappen
→ Herstellung zum regionalen Bezugspunkt
-

Zielstellung des Projekttag:

Der Schwerpunkt des Projekttag besteht in der Auseinandersetzung mit dem Wahlsystem und der Wahlpraxis in der ehemaligen DDR. Im Brainstorming werden Grundpfeiler der Systeme Demokratie und Diktatur abgewogen. Die Schüler arbeiten dann hauptsächlich mit der Sonderausstellung „Vom ‚Zettelfalten‘ zum freien Wählen“, wobei der Fokus auf den Blockparteien in der DDR und den im Herbst 1989 gegründeten Bürger-Initiativen und Oppositionsparteien liegt. Freie und geheime Wahlen in der DDR? Wo liegen Widersprüche zwischen der DDR-Verfassung von 1974 und der tatsächlichen Wahlpraxis?

Durch die intensive Arbeit mit der Ausstellung vertiefen die Schüler ihre Kompetenzen im Umgang mit zeitgenössischen Quellen. Während der Gruppenarbeit werden diese Quellen von den Schülern selbstständig ausgewertet und in den historischen Kontext eingebettet.

Methodenkompetenzen:

Das Projekt bietet den Schülern die Möglichkeit sich in Form selbstständiger Gruppenarbeit dem politischen Thema „Wahlen in der DDR“ anzunähern. Durch die Arbeit mit der Sonderausstellung wird automatisch die Auseinandersetzung mit historischen Methoden und Kompetenzen gefördert. Das Projekt verfolgt einen interdisziplinären Methodenansatz, der sich durch die Multiperspektivität der verschiedenen Quellen ergeben wird, wie zum Beispiel:

A. Historisch-Kritische Methode

- Textanalyse mit Elementen aus der Sonderausstellung und Arbeit mit der Verfassung der DDR von 1974

B. Visual History

- u. a. Analyse und Auswertung von Wahlplakaten, sowie Bildmaterial aus der Sonderausstellung (Bsp.: Fotografien Volkskammerwahl 1990)
-

Ausgangssituation:

- Die thematische Vorbereitung sollte durch die Schule erfolgen. Wichtig sind:
 - Grundkenntnisse zu den Begriffen Demokratie und Diktatur
 - Grundkenntnisse über die DDR
- Optional kann eine Gästeführung durch die Gedenkstätte angeboten werden.
- Der Projekttag lebt von der selbstständigen Gruppenarbeit der Schüler. Arbeitsmaterialien, Quellenzugang und die Sonderausstellung werden durch das Dokumentationszentrum zur Verfügung gestellt.

Ergebnissicherung:

- A. Ergebnissicherung im Rahmen des Projekttag mit dem Dokumentationszentrum:**
- Vorstellung der Arbeitsergebnisse in Form von Vorträgen während des Projekttag
 - Gestaltung des Vortrages durch die Schüler, Bsp.: Mind-Map, Arbeit mit Flip-Charts o.ä.
- B. Ergebnissicherung in der Schule mit folgenden Möglichkeiten:**
- Referate, die durch die Nutzung anderer Medien nachbereitet wurden
 - Power-Point-Präsentationen/Prezi, die von anderen Schuljahrgängen genutzt werden können
 - Poster-/Plakatgestaltung, Internetbeiträge (z.B. für die Schul-Website)

Zeitbedarf: ca. 3-4 Stunden

Begrüßung, Vorstellung des Projekttag	10 min
Gästeführung durch die authentischen Bereiche	60-80 min
Pause	10 min
Thematisches Brainstorming	10 min
Einführung in die Sonderausstellung	15 min
Selbstständige Gruppenarbeit der Schüler mit Arbeitsblättern	45-60 min
Ergebnispräsentation und Auswertung	30 min

Bemerkungen:

- Der Projekttag ist ein modulierbares Angebot, das in Abstimmung verändert werden kann (Bsp.: Ggf. keine Gästeführung)
- Einteilung in ca. 3-4 Gruppen mit etwa 5-6 Schülern (anpassbar)

1. Einführung: Diktatur versus Demokratie

Demokratie ist heute aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Überall begegnen uns die Fundamente eines demokratischen Staates: Achtung der Menschenrechte, Unabhängigkeit der Gerichte, Gewaltenteilung, Mehrparteiensystem und freie Wahlen. Der Blick in die deutsche Geschichte zeigt, dass der Weg zur Demokratie lang und hart war.

Die Staatssysteme bzw. Herrschaftsformen „Demokratie“ (franz. *démocratie* < lat. *democratia* = Volksherrschaft) und Diktatur (lat. *dictatura* = anordnen/bestimmen) stehen sich konträr gegenüber. Während in einer Demokratie das Volk herrschen soll und aus gewählten Volksvertretern die Regierung bildet, herrscht in einer Diktatur eine Person/eine Gruppierung nahezu uneingeschränkt mit Mitteln der Unterdrückung. In einer Diktatur gibt es keine Gewaltenteilung. Der Diktator bzw. die diktatorische Gruppe/Partei bestimmt, was die Polizei, Richter und andere Sicherheitskräfte tun sollen, man kann auch sagen, sie haben alleine die Macht. In einer Diktatur gibt es also keine Gewaltenteilung, zudem keine freien Wahlen und geltende Konventionen, wie Menschen- und Bürgerrechte werden unterwandert. Oppositionelle Kräfte und Andersdenkende werden oft wegen geringer Vergehen in Gefängnisse inhaftiert, weil sie sich zum Beispiel kritisch gegenüber dem Staat oder politischen Personen geäußert haben.

Von 1933-1945 herrschte in Deutschland der Diktator Adolf Hitler. Alle Macht- und Schlüsselpositionen in Politik und Wirtschaft waren mit Parteimitgliedern der NSDAP oder Wehrmatsangehörigen besetzt. Nach der bedingungslosen Kapitulation im Mai 1945 wurde Deutschland in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Mit der sogenannten „deutschen Frage“ verstärkten sich die Konflikte zwischen den Siegermächten, wobei vor allem die westlichen Alliierten einen eigenständigen Staat in den westlichen Zonen anstrebten. Schließlich gründeten sich 1949 die Bundesrepublik Deutschland und wenige Monate später die Deutsche Demokratische Republik. Die beiden deutschen Staaten unterschieden sich in erster Linie durch ihre unterschiedlichen Staatssysteme: Während in der BRD eine repräsentative Demokratie eingeführt wurde, etablierte sich in der DDR ein sozialistisches Einparteiensystem (formal: Volksrepublik) und schließlich eine Diktatur.

2. Warum war die DDR eine Diktatur?

Für gewöhnlich werden in Diktaturen Bürger- und Freiheitsrechte ausgeschaltet und Menschenrechte verletzt (Bsp. Verbot der Folter). Zudem erscheinen Grundrechte in Diktaturen nur formal auf dem Papier, werden jedoch durch den Staats und seine Sicherheitsorgane nicht gewährleistet. Der Blick in die Verfassung der DDR von 1968 zeigt, dass die Grundrechte an die Loyalität zum Staatssystem des Sozialismus gebunden wurden, wodurch sie automatisch mit einem Gesetzesvorbehalt versehen waren.¹ Wesentliche Freiheitsrechte waren in der Praxis extrem eingeschränkt und oder gar nicht vorhanden, Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung: In der ehemaligen DDR gab es keine Meinungsfreiheit. Oppositionelle und Systemkritiker wurden verfolgt, verurteilt und inhaftiert. Dabei konnte der Besitz von systemkritischer Lektüre, das Hören bzw. Schauen von West-Sendern in Rundfunk und Fernsehen bereits ein Inhaftierungsgrund sein. Offiziell garantierte Art. 27 der Verfassung jedem DDR-Bürger „das Recht, den Grundsätzen dieser Verfassung gemäß seine Meinung frei und öffentlich zu äußern. [...] Niemand darf benachteiligt werden, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht.“²

In Demokratien wie der Bundesrepublik wurden Wahlen frei, geheim, gleich, unmittelbar und allgemein durchgeführt. Eine solche Wahlpraxis hat es in der DDR nicht gegeben. „Zettel falten, Schnauze halten.“ – Für die DDR-Bürger fasste dieser Satz das Wahlverfahren zusammen. Zudem war die Volkskammer nach dem Ständeprinzip aufgeteilt, was bedeutet, dass sich die Verteilung der Plätze nicht nach dem Wählerstimmenanteil richtete.

„Bei Wahlen ging es in der DDR im Gegensatz zu Wahlen in parlamentarischen Demokratien nicht um die Machtverteilung an frei konkurrierende politische Kräfte, sondern um eine Art plebiszitäre Bestätigung der in Art. 1 der Verfassung festgeschriebene Führungsrolle der SED. Das Dogma der Unfehlbarkeit der Partei, das in Art. 1 Abs. 1 als ‚Führungsrolle der SED‘ festgelegt war, schloss jede Form der freien politischen Meinungsäußerung aus.“³

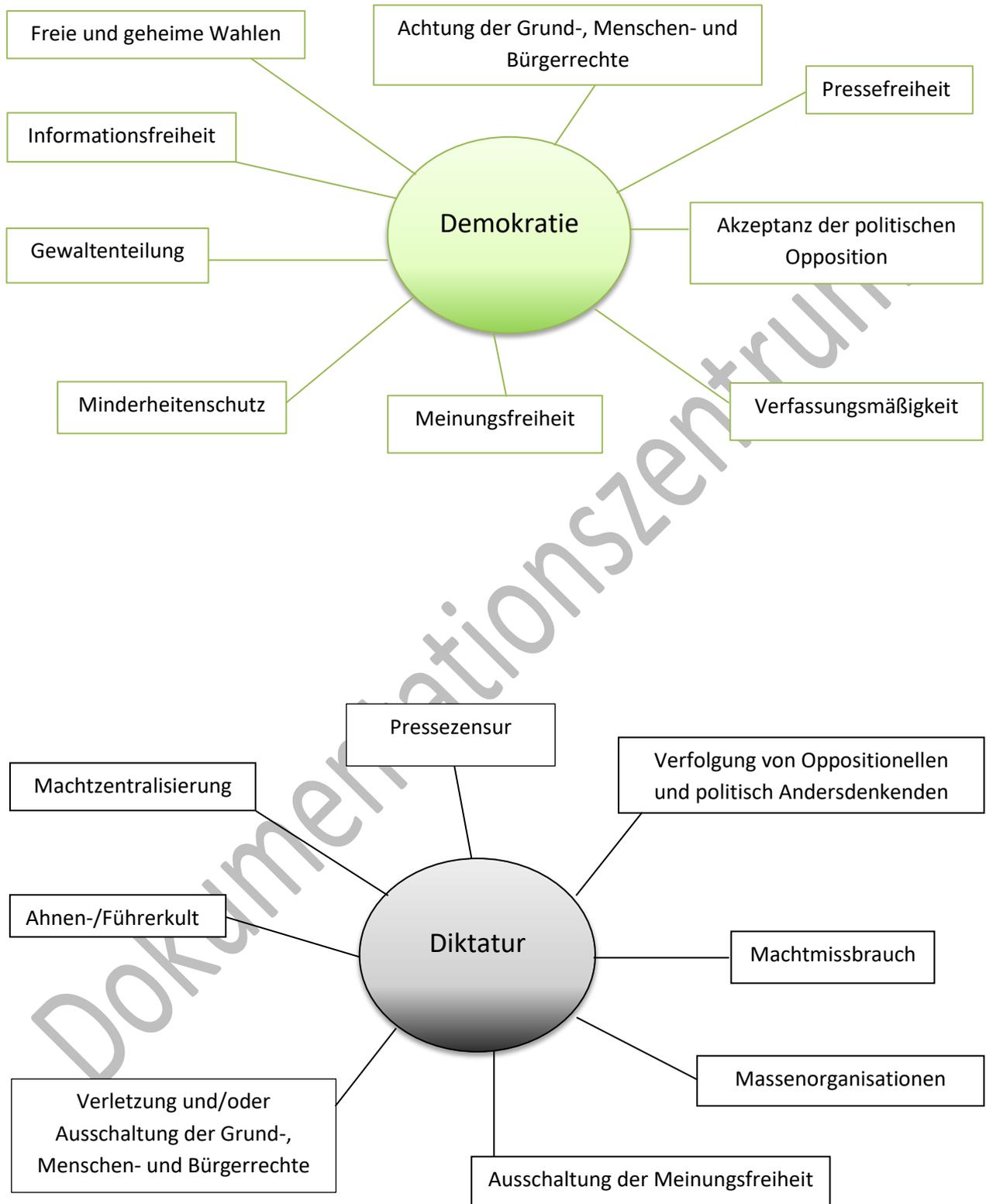
Eine Nichtbeteiligung an der Wahl galt als „staatsfeindlicher Akt“. Die 99%ige Wahlbeteiligung beweist den Erfolg des staatlich ausgeübten Drucks auf die Bürger, was einer Nötigung gleichkam, da man sonst Repressalien oder Inhaftierung zu befürchten hatte.

¹ Vgl. ©Deutscher Bundestag/Wissenschaftliche Dienste: Menschenrechte und Verfassungswirklichkeit in der DDR, Berlin 2009, online unter URL: https://www.bundestag.de/resource/blob/411698/671f7828891e9b599bf349fd_0545ab1a/WD-1-060-09-pdf-data.pdf (Letzter Aufruf: 15.01.2020).

² Staatverlag der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.): Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1974), Abs. II/Kap. 1, Art.27, (Ost-)Berlin 1974, S. 29.

³ ©Deutscher Bundestag: Menschenrechte und Verfassungswirklichkeit, S. 2.

Schaubild: Demokratie vs. Diktatur



3. Einführung in die Ausstellung: Vom „Zettelfalten“ zum freien Wählen

Fl.	Thema	Inhalt
1	<i>Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“</i>	<p>Ost-CDU → Blockpartei</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gründung 1945 mit ähnlichen Parteistrukturen wie SED (flächendeckend, eigene Zeitung) - Kontrolle durch wenige Generalsekretäre, Integration der Mitglieder in gesellschaftlich-politische Strukturen - 1989: Bekennung zur Einheit und Marktwirtschaft - De Maiziere: Bekennung zur Mitschuld der Ost-CDU am DDR-Unrecht - Januar 1990: Hilfsprogramm der West-CDU <p>Demokratischer Aufbruch DA</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gründung 30.10.1989 auf DDR-Ebene mit Grundsatzerklärung und Statut - 16./17.12.1989: Konstituierung zur Partei - Ziele: Brechung des SED-Machtmonopols!, sowie moderne, an Bedürfnissen der Menschen orientierte, umweltverträgliche Wirtschaft - Problem: interne Richtungskämpfe - Februar 1990 Zusammenschluss mit Ost-CDU und DSU zur „Allianz für Deutschland“ - Ehemalige Mitglieder: Merkel, Reiner Eppelmann <p>Deutsche Soziale Union DSU</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gründung: 20.01.1990 → Jüngste Partei im Bündnis - Probleme durch Aufnahme ehemaliger SED-Mitglieder
2	<i>Wahlbündnis „Bund Freier Demokraten“</i>	<p>Liberal Demokratische Partei Deutschlands LDPD → Blockpartei</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gründung 1945 von liberalen Politikern als LPD - Mitglieder: Freiberufler, Wissenschaftler, Handwerksmeister und Selbstständige - 19.12.1989: Bekennung zur Regierung Modrow, aber Einleitung des Bruchs mit Sozialismus als Gesellschaftskonzept - Nach 89: Umstrukturierung zur Demokratisierung, Problem: personelle Erneuerung - 12.02.1990: Beitritt zum Bund Freier Demokraten <p>Freie Deutsche Partei Ost FDP</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gründung 04.02.1990 (aus unzufriedenen Mitgliedern der LDPD und bisher nicht engagierter Bürger) - Selbstverständnis in politischer Mitte, Ziel: schnelle Wiedervereinigung - Anschluss an den Bund Freier Demokraten unter massivem Druck durch West-FDP <p>Deutsche Forumspartei DFP (Abspaltung vom Neuen Forum)</p> <ul style="list-style-type: none"> - 27.01.1990 Gründungsparteitag in Karl-Marx-Stadt - Selbstverständnis in politischer Mitte, Anstreben der Einheit - Unterstützung durch bundesdeutsche FDP
3	<i>Wahlbündnis „Bündnis 90“</i>	<p>Demokratie Jetzt DJ = Bürgerbewegung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kennzeichen: hoher Anteil an intellektuellen, kirchlichen Mitarbeitern, Theologen, Wissenschaftlern und Künstlern in 50 Basisgruppen in größeren Städten - Koordinierung durch Sprecherrat und Landesausschuss - 14.12.1989: Stufenplan zur Wiedervereinigung – Reformen für einen Weg in Ost und West hin zu einem entmilitarisierten und neutralisierten Deutschland eingebettet in europäische Gemeinschaft - Organisation der Wirtschaft nach ökologischen Kriterien - Ziel: rechtsstaatlich-demokratische Gesellschaft mit parlamentarischem Forum und direkter Mitwirkungsdemokratie <p>Initiative Frieden und Menschenrechte IFM</p> <ul style="list-style-type: none"> - Politische Vereinigung mit dem Ziel, Menschenrechte und Menschlichkeit in allen Gesellschaftsbereichen zum Maßstab des Handelns zu machen

		<ul style="list-style-type: none"> - Gründung 1985, seitdem: außerparlamentarische und basisdemokratische Oppositionsbewegung unabhängig von Staat und Kirche <p>Neues Forum</p> <ul style="list-style-type: none"> - Außerparlamentarische und basisdemokratische Bewegung, mit dem Wunsch von im Parlament vertretenen Kandidaten - Problem: starke Dezentralisierung erschwert einheitliche Programmaussage - Ab Dezember 1989 sinkende Mitgliederzahlen - 27./28.01.1990 Gründungskonferenz mit Programmerkklärung - Reglementierte, soziale und ökologische Marktwirtschaft als Hilfe zur eigenen Identität der DDR, auch auf sozialistischer Grundlage - Angestrebte Einheit Deutschlands durch Volksentscheid, dann Auflösung der Militärböcke → Neutralisierung Deutschlands
4	<i>Wahlbündnis „Grüne Partei – Unabhängiger Frauenverband“</i>	<p>Grüne Partei</p> <ul style="list-style-type: none"> - 24.11.1989 Gründung, gleichzeitig Entstehung Aktionsbündnis „Grüne Liga“ mit Integrierung vieler Umweltgruppen - Absage an stalinistisch geprägtem Umgang mit Menschen, Wirtschaft und Umwelt - Ziele: Sofortmaßnahmen für ökologische Krisengebiete der DDR, konsequente Abrüstung, reformierte Strukturen, ökologische Orientierung des Bildungswesens - Anlehnung an westdeutsche Partnerpartei - 14.02.1990: Wahlbündnis mit Unabhängigem Frauenverband <p>Unabhängiger Frauenverband UFV = links-feministisch</p> <ul style="list-style-type: none"> - Viele Frauen ehemals SED-Mitglieder: Frauenbund DFD durch SED geleitete Massenorganisation in der DDR - Zur Volkskammerwahl: Bündnis UFV + Grüne Partei, da ähnliche Positionen in Hinblick auf Deutschlandpolitik
5	<i>Wahlbündnis „Vereinigte Linke“ und SED/PDS</i>	<p>Aktionsbündnis Vereinigte Linke VL</p> <ul style="list-style-type: none"> - Veröffentlichung von Texten für Erneuerung des Sozialismus, Zweistaatlichkeit, politisches System mit demokratischen Elementen/Räten - Bei Volkskammerwahl: Listenvereinigung aus zwei linken Gruppierungen: (1) VL gegründet von linksorientierten Vertretern der pol. Opposition + kritischen SED-Mitgliedern (2) „Die Nelken“ marxistische Partei, Gründung 13.01.1990 → Bündnis vertritt linken Teil der DDR-Bürgerbewegung <p>Sozialistische Einheitspartei Deutschlands SED Partei des demokratischen Sozialismus PDS</p> <ul style="list-style-type: none"> - Nach Rücktritt der Parteispitzen: Ausbildung dezentraler (vorläufiger) Machtzentren - Dezember 1989: Wahl Gregor Gysis zum Vorsitzenden, Stellvertreter: Modrow/Berghofer → Symbolisierung der Demokratisierung, aber: Schwanken zwischen Demokratie und Kontinuität der marxistisch-leninistischen Ideologie, die zum Teil beibehalten wurden (Anfügung Zusatz PDS) - Forcierung der Partei zum (formalen) Rücktritt aus Staat und Gesellschaft - Bildung der „Regierung der Nationalen Verantwortung“ → Beteiligung der Opposition an Regierung - 04.02.1990: aus SED/PDS wird PDS
6	<i>Parteien, Wahlbündnisse, Initiativen SPD, NDPD, DBD</i>	<p>Sozialdemokratische Partei SDP/SPD</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gründung 07.10.1989 in Schwante - Umbenennung als deutschland-politisches Signal - Februar 1990: Erster Parteitag, hier Wahl des Parteivorstandes, sowie Beschluss des Grundsatzprogrammes und Statut <p>Nationaldemokratische Partei Deutschlands NDPD</p> <ul style="list-style-type: none"> - 1948 Gründung durch SED als scheinbürgerliche Partei mit 52 Abgeordneten in der Volkskammer, sowie Stellv. Vorsitzenden im Ministerrat, Vorsitzender des Staatsrates

		<ul style="list-style-type: none"> - Reaktion auf SED mit vorsichtiger Selbstständigkeit - ab Januar 1990 politische Mitte <p>Demokratische Bauernpartei Deutschland DBD = Blockpartei</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gründung 1948 in SBZ - Nach Herbst 1989: Versuch sich als ökologische Bauernpartei neu zu profilieren - Nicht genug Stimmen bei Volkskammerwahl, d.h. Beitritt zur CDU (Ost)
7	<i>Von der Demo zum Runden Tisch</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Herbst 1989: Demonstrationen wegen Unzufriedenheit mit SED-Regierung mit dem Wunsch, die bestehenden Verhältnisse zu ändern und zu verbessern - Transparente und Sprechchöre mit Forderung nach freien Wahlen und Reisemöglichkeiten - Einheitslisten: Zusammenfassung der wählbaren Kandidaten aus den Blockparteien und Massenorganisationen, die aber alle von der SED aufgestellt wurden, damit der Führungsanspruch erhalten blieb (Wahlergebnisse 99% = Volkes Wille?) - Versuch über Hans Modrow Reformen umzusetzen - 07.11.1989: Rücktritt der gesamten Regierung - 13.11.1989: Wahl Modrows als Nachfolger von Willi Stoph zum Vorsitzenden des Ministerrates (126 Tage) - 10.11.1989: Erklärung der neuen politischen Vereinigungen/Kirchen - 07.12.1989: Erste Sitzung des Runden Tisches mit Vertretern der etablierten Parteien und oppositionellen Gruppen
8	<i>Vom Runden Tisch zur freien Wahl</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Insgesamt 16 Treffen zur Beratung über die politische Neuordnung der DDR - Moderation durch drei Kirchenvertreter: Martin Ziegler, Karl-Heinz Ducke, Martin Lange <p>Zentrale Themen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Demokratisierung der Gesellschaft - Ablösung der Alleinherrschaft der SED - Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit - Vorbereitung freier Wahlen <p>7. Sitzung am 15.01.1990:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Auflösung des AfNS - Aufruf zur Gewaltlosigkeit bei Besetzung des Zentralen Gebäudekomplexes der Stasi - Neues Wahlgesetz <p>11. Sitzung am 05.02.1990:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bildung einer Regierung der Nationalen Verantwortung - Eintritt der Opposition in Regierungsarbeit - Beschluss des Wahltermins <p>12.03.1990: letzte Sitzung</p> <p>18.03.1990: erste freie Wahl der Volkskammer</p>
9	<i>Wahlkreis 10 Magdeburg</i>	<ul style="list-style-type: none"> - 5 Fotografien, welche Bürger beim Wählen zeigen - Stimmzettel-Dokument - Wahlergebnisse im Bezirk Magdeburg: CDU 44,2%, SPD 27,5%, PDS 14,2%
10	<i>Das Volk hat gewählt</i>	<ul style="list-style-type: none"> - 18.03.1990 = Erste freie Volkskammer-Wahl mit enorm hoher Wahlbeteiligung - Regional sehr unterschiedliche Ergebnisse (17 verschiedene Diagramme) - 06.05.1990 = Kommunalwahl - 02.10.1990 = Letzte Tagung der DDR-Volkskammer - 03.10.1990 = Wiedervereinigung
11	<i>Impressum</i>	

4. Wahlsystem und Wahlpraxis in der DDR

Hintergrundinformationen

In der Regel betrug eine Wahlperiode in der DDR vier Jahre. Nach der Verfassungsänderung von 1974 wurde die Wahlperiode auf fünf Jahre verlängert. Gewählt wurde die sogenannte Volkskammer, die

„das oberste staatliche Machtorgan der Deutschen Demokratischen Republik [bildete.] Sie entscheidet in ihren Plenarsitzungen über die Grundfragen der Staatspolitik. [...] Die Volkskammer ist das einzige verfassungs- und gesetzgebende Organ in der [DDR.] Niemand kann ihre Rechte einschränken.“⁴

Wahlberechtigt waren alle DDR-Bürger, die das 21. Lebensjahr vollendet hatten, ab 1974 wurde das Alter auf 18 Jahre

heruntergesetzt. Als oberstes Organ wählte die Volkskammer den Präsidenten der DDR,⁵ Mitglieder des Staatsrates und des Ministerrates der DDR, sowie die Richter des obersten Gerichts und der Generalstaatsanwaltschaft.⁶

1. Wahlperiode	15.10.1950
2. Wahlperiode	17.10.1954
3. Wahlperiode	16.11.1958
4. Wahlperiode	20.10.1963
5. Wahlperiode	02.07.1967
6. Wahlperiode	14.11.1971
7. Wahlperiode	17.10.1976
8. Wahlperiode	14.06.1981
9. Wahlperiode	08.06.1986
10. Wahlperiode	18.03.1990

Blockparteien und Einheitslisten

Zur Wahl stand nicht, die realen Machtverhältnisse durch das Abgeben der Wählerstimme zu verändern. Eine „Wahl“ hatten die Menschen in der DDR nur zwischen Zustimmung zur „Einheitsliste“ der sogenannten „Nationalen Front“ und der Abgabe eines ungültigen Stimmzettels.⁷

Nach rechtsstaatlichem Verständnis, so der Historiker Hans Michael Kloth, war

„die Listenvereinigung materiell verfassungswidrig, denn nach der Natur des Verhältniswahlrechts, bei der die Sitze der Volksvertretung ja entsprechend dem Anteil an Wählerstimmen an die Parteien verteilt werden, ließ sich bei einer einzigen Liste nichts zueinander ins Verhältnis setzen: Da der Wähler nur dem einheitlichen Wahlvorschlag zustimmen oder ihn ablehnen konnte [...]“⁸

1968 verschwand das Verhältniswahlrecht als Wahlgrundsatz aus der DDR-Verfassung, war es doch schon zuvor mit der Vereinheitlichung des Wahlrechtes 1963 aus dem Wahlgesetz gestrichen

⁴ Staatverlag der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.): Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1974), Abs. III/Kap. 1, Art. 48, (Ost-)Berlin 1974, S. 45.

⁵ Das Amt des Präsidenten wurde nach dem Tod von Wilhelm Pieck 1960 nicht mehr vergeben.

⁶ Kutschke, Magdalena (u.a.): Wahlen in der DDR, Berlin 13.12.2012, online unter URL: <https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Virtuelle-Ausstellungen/Wahlen-In-Der-Ddr/wahlen-in-der-ddr.html> (Letzter Aufruf: 30.01.2020).

⁷ © BStU: Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.): Stasi gegen Menschenrechte. Freie Wahlen, Berlin, online unter URL: <https://www.demokratie-statt-diktatur.de/stasi-und-die-menschenrechte/freie-wahlen/> (Letzter Aufruf: 23.01.2020).

⁸ Kloth, Hans Michael: Vom „Zettelfalten“ zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die „Wahlfrage“, Berlin 2000 (Ch. Links Verlag), S. 77.

worden. So wurde die „Wahl“ der Einheitsliste zum charakteristischen Kennzeichen des DDR-Wahlsystems.⁹ Träger der Wahlen in der DDR war die Nationale Front, die die verschiedenen Parteien und Massenorganisationen vor Ort koordinierte.

„Die Kandidatenvorschläge wurden zu einer gemeinsamen Liste der Nationalen Front zusammengeführt. Bevor ein Kandidat auf diese Liste gesetzt wurde, musste er laut Wahlrecht in seinem Betrieb/Arbeitskollektiv geprüft werden. Bei Ablehnung konnte er nicht nominiert werden. Der eigentliche Wahlvorgang bestand dann nur noch in der Bestätigung der [zuvor geprüften] Wahlvorschläge (Einheitslisten der Nationalen Front).“¹⁰

Neben der Staatspartei SED existierten in der DDR noch andere politische (Schein-)Parteien, die jedoch nicht eigenständig agierten, sondern in allem abhängig waren von der SED. Die Staatsführung wollte mit den zusätzlichen Parteien jedoch auch jene DDR-Bürger für den Sozialismus gewinnen, die ihm noch skeptisch und kritisch gegenüber standen. Formal gehörten alle Parteien dem sogenannten „Demokratischen Block“ an. Dieses „Parteienbündnis“ wurde unter alleiniger Führung der SED geleitet, weshalb man die anderen Parteien auch als „Blockparteien“ bezeichnet.¹¹ Jede der vier Blockparteien stellte 52 Abgeordnete für die Volkskammer – unabhängig vom Wahlergebnis.¹²

CDU <i>Christlich-Demokratische Union Deutschlands</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Gründung: 26.01.1945 (ab 1952 vorbehaltlose Übereinstimmung mit SED-Politik) • Aufgabe: Integration der Christen in das sozialistische System • Vermittlung der von der SED postulierten Vereinbarkeit der „humanistischen Ziele“ des Sozialismus mit denen des Christentums¹³
LDPD <i>Liberal-demokratische Partei Deutschlands</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Gründung: 05.07.1945 (ab 1952 vorbehaltlose Übereinstimmung mit SED-Politik) • Aufgabe: Integration der „alten Mittelschichten“ (Handwerker und freie Berufe)
DBD <i>Demokratische Bauernpartei Deutschlands</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Gründung: 29.04.1948 (auf SED-Initiative) • Aufgabe: Integration der Landbevölkerung („Bündnis der Arbeiter und Bauern“) v.a. im Zusammenhang mit der Kollektivierung der Landwirtschaft 1952/53 und 1958/60
NDPD <i>National-demokratische Partei Deutschlands</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Gründung: 23.05.1948 (auf SED-Initiative) • Aufgabe: Integration national gesinnter Kreise, Umerziehung ehemaliger NSDAP-Mitglieder

⁹ Vgl. Kloth: Vom „Zettelfalten“, S. 78.

¹⁰ Kutschke: Wahlen in der DDR, Berlin 13.12.2012 (BArch online).

¹¹ Vgl. Lenzen, Hans-Jürgen (Hrsg.): Zeiten und Menschen 2. Geschichtswerk für die Oberstufe, Braunschweig 2006, S. 352.

¹² Vgl. Konrad Adenauer Stiftung: Blockparteien und Massenorganisationen – DDR – Mythos und Wirklichkeit, online unter URL: <https://www.kas.de/de/web/ddr-mythos-und-wirklichkeit/blockparteien-und-massenorganisationen> (Letzter Aufruf: 31.01.2020).

¹³ Vgl. Konrad Adenauer Stiftung: Die Christlich-Demokratische Union in der SBZ/DDR, online unter URL: <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/cdu-in-der-sbz-ddr> (Letzter Aufruf: 31.01.2020).

5. Wahlfälschung: Kommunalwahl am 07.05.1989

Schon lange vermuteten DDR-Bürger, dass die Wahlergebnisse durch staatliche Eingriffe manipuliert und gefälscht wurden. Prinzipiell fanden Wahlen in einem stark kontrollierten Umfeld statt. Parteifunktionäre und SED-Mitglieder wollten jeden Bürger zur Abstimmung mobilisieren, wer nicht wählen ging wurde registriert. Oftmals besuchten sogenannte „Wahlhelfer“ die Betroffenen zu Hause und drängten sie zu wählen. Zusätzlich zu den sozialen Kontrollmechanismen, die auf das gewünschte Ergebnis hinarbeiteten, manipulierten Parteigenossen die Ergebnisse der Wahlen. Bei den Kommunalwahlen im Mai 1989 konnte das erste Mal Wahlbetrug durch Bürgerrechtler belegt werden. Vorab wurde durch die SED-Bezirksleitungen festgelegt, dass die Kreisleitungen für „entsprechende Ergebnisse“ sorgen sollten.¹⁴

„99 Prozent für die SED und die anderen Blockparteien – so sah das typische Ergebnis bei Wahlen in der DDR aus. Dass das nicht stimmen konnte, war eigentlich allen klar. Aber erst bei den Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 wagten es Bürgerrechtler aus Berlin-Weißensee, die Wahlfälschungen aufzudecken und publik zu machen.“¹⁵

Unter dem Codenamen „Symbol 89“ bereitete die Staatssicherheit alle Aktivitäten und Maßnahmen für einen reibungslosen Ablauf der gewünschten Wahl vor. Nach dem Befehl 6/89, erlassen durch Erich Mielke, waren „alle im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen von den Dienstseinheiten durchzuführenden Maßnahmen im Rahmen der operativen Aktion unter der Bezeichnung ‚Symbol 89‘ vorzubereiten und durchzuführen.“¹⁶ Widerspruch, kritische Stimmen oder gar Störungen wurden durch die Staatssicherheit unterbunden, Flugblätter und Transparente aus dem Verkehr gezogen. Am Tag nach der Wahl zog das MfS Bilanz: Durch die „Vorbeugungs- und Kontrollmaßnahmen“ im Zusammenspiel mit Partei und Volkspolizei konnten „provokatorisch-demonstrative Aktivitäten weitestgehend vorbeugend verhindert bzw. in ihrer Wirksamkeit eingeschränkt“ werden.¹⁷ Zahlreiche DDR-Bürger ließen sich dennoch landesweit nicht davon abbringen, am Wahltag die Auszählung der Stimmen zu beobachten und dokumentieren. Als Vorsitzender der Wahlkommission gab Egon Krenz am Abend des 7. Mai 1989 das offizielle Wahlergebnis bekannt. Demnach lag die Wahlbeteiligung bei knapp 99%, der Anteil der Gegenstimmen bei circa 1%. Dies widersprach allen Beobachtungen der Stimmauszählung durch die DDR-Bürger. Der Verdacht einer geplanten und flächendeckenden Wahlfälschung bestätigte sich und war ein wichtiger Katalysator für die Herbstereignisse 1989.

¹⁴ BStU: Stasi gegen Menschenrechte, Freie Wahlen.

¹⁵ Interview vom Deutschlandfunk: Evelyn Zupke im Gespräch mit Stephan Karkowsky: „Zeitzeugin über DDR-Kommunalwahl 1989 – Wie Bürgerrechtler den Wahlbetrug der SED aufdeckten“, 07.05.2019, online unter URL: https://www.deutschlandfunkkultur.de/zeitzeugin-ueber-ddr-kommunalwahl-1989-wie-buergerrechtler.1008.de.html?dr am:article_id=448055 (Letzter Aufruf: 14.02.2020).

¹⁶ Zitiert in: BStU (Hrsg.) Die Stasi (Staatssicherheit) und die Wahlfälschung 1989, online unter URL: <https://www.bstu.de/informationen-zur-stasi/themen/beitrag/die-stasi-und-die-wahlfaelschung-1989/> (Letzter Aufruf: 14.02.2020).

¹⁷ Zitiert in: BStU: Stasi gegen Menschenrechte, Freie Wahlen.

6. Literaturhinweise

Quellen

- Staatverlag der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.): Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1974), (Ost-)Berlin 1974.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Textausgabe, Bonn 1996.

Sekundärliteratur

- Lenzian, Hans-Jürgen (Hrsg.): Zeiten und Menschen 2. Geschichtswerk für die Oberstufe, Braunschweig 2006.
- Kloth, Hans Michael: Vom „Zettelfalten“ zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die „Wahlfrage“, Berlin 2000 (Ch. Links Verlag).
- Kutschke, Magdalena (u.a.): Wahlen in der DDR, Berlin 13.12.2012, online unter URL: <https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Virtuelle-Ausstellungen/Wahlen-In-Der-Ddr/wahlen-in-der-ddr.html> (Letzter Aufruf: 30.01.2020).

Online-Veröffentlichungen

- Deutscher Bundestag/Wissenschaftliche Dienste: Menschenrechte und Verfassungswirklichkeit in der DDR, Berlin 2009, online unter URL: <https://www.bundestag.de/resource/blob/411698/671f7828891e9b599bf349fd0545ab1a/WD-1-060-09-pdf-data.pdf> (Letzter Aufruf: 15.01.2020).
- Interview vom Deutschlandfunk: Evelyn Zupke im Gespräch mit Stephan Karkowsky: „Zeitzeugin über DDR-Kommunalwahl 1989 – Wie Bürgerrechtler den Wahlbetrug der SED aufdeckten“, 07.05.2019, online unter URL: https://www.deutschlandfunkkultur.de/zeitzeugin-ueber-ddr-kommunalwahl-1989-wie-buergerrechtler.1008.de.html?dr am:article_id=448055 (Letzter Aufruf: 14.02.2020).
- BStU (Hrsg.) Die Stasi (Staatssicherheit) und die Wahlfälschung 1989, online unter URL: <https://www.bstu.de/informationen-zur-stasi/themen/beitrag/die-stasi-und-die-wahlfaelschung-1989/> (Letzter Aufruf: 14.02.2020).

- BStU: Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.): Stasi gegen Menschenrechte. Freie Wahlen, Berlin, online unter URL: <https://www.demokratie-statt-diktatur.de/stasi-und-die-menschenrechte/freie-wahlen/> (Letzter Aufruf: 23.01.2020).
- Konrad Adenauer Stiftung: Blockparteien und Massenorganisationen – DDR – Mythos und Wirklichkeit, online unter URL: <https://www.kas.de/de/web/ddr-mythos-und-wirklichkeit/blockparteien-und-massenorganisationen> (Letzter Aufruf: 31.01.2020).
- Ders.: Die Christlich-Demokratische Union in der SBZ/DDR, online unter URL: <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/cdu-in-der-sbz-ddr> (Letzter Aufruf: 31.01.2020).

Dokumentationszentrum